



Sozialistische Jugend
Deutschlands –
Die Falken

**Beschluss des Bundesausschuss
in der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein
03. - 04. März 2012**

NO PASARÁN! Für eine Welt ohne Rassismus, Faschismus und Krieg!

Es ist eine Tatsache, die vorübergehend auch in den bürgerlichen Medien angekommen ist, dass die deutsche Vergangenheitsbewältigung bestenfalls mangelhaft geblieben ist. Genauso, dass es in Deutschland weit verzweigte Nazistrukturen gibt, Neonazis täglich und überall in der Republik Menschen terrorisieren, Mord zu ihrem Programm gehört und rechtsradikales Gedankengut tief in der Gesellschaft verwurzelt ist. Die kürzlich bekannt gewordenen faschistischen Morde sind dabei nur die Spitze eines Eisbergs, dessen Ausmaße die Bevölkerungsmehrheit bisher nicht sehen wollte oder nicht für problematisch hielt. Vielleicht dachten Manche auch tatsächlich, dass das Problem des Rechtsextremismus überwunden wäre. Wo aber bewaffnete Mörderbanden, teils gedeckt und finanziert durch den Staatsapparat, jahrelang durch die Landen ziehen und Menschen erschießen können, während die Öffentlichkeit ihren Rassismus á la „Dönermorde“ auslebt, müssen sich AntifaschistInnen und DemokratInnen gleich welcher Parteizugehörigkeit fragen, wohin dieses Land abgedriftet ist.

Dass Neonazis vielfach von den Strafverfolgungsbehörden und der Polizei gedeckt werden, weiß jedeR, die/der schon einmal gegen eben diese Nazis demonstriert oder von Politik und Behörden ein konsequentes Vorgehen gegen rechts gefordert hat. Bekannt ist auch, dass der sogenannte Verfassungsschutz seit jeher die Gefahr von rechts kleinredet – bei faschistischen Straftaten ist meist von „Einzeltätern“ die Rede – und seine Daseinsberechtigung in der Beobachtung und Verfolgung linker und demokratischer Strukturen sieht. Dieser Verfassungsschutz ist, wie viele andere Behörden auch, ohne größere personelle Brüche aus dem Terrorapparat der Nazis hervorgegangen. Eine Demokratisierung hat hier nur bedingt stattgefunden. TäterInnen von damals haben den Geist und die Methoden dieser Behörden maßgeblich und nachhaltig geprägt. Die Grundlagen von Faschismus und Krieg wurden nach 1945 nicht beseitigt, die Nazis blieben größtenteils im Amt und die VerbrecherInnen unbestraft. Und bis heute sitzen RechtsextremistInnen, alte und neue Nazis in staatlichen Einrichtungen. Sie praktizieren und propagieren ihre Menschenfeindlichkeit in der vielbeschworenen „Mitte der Gesellschaft“.

Der „Nationalsozialistische Untergrund“ sorgte kurzzeitig für Empörung und ein Aufschrecken in breiten Kreisen der Gesellschaft. Dabei werden in diesem Land tagtäglich Menschen von Nazis angegriffen, halb totgeschlagen und viele auch ermordet. Seit 1990

gehen unabhängigen Berichten zufolge 181 Morde auf deren Konto. Die Anschläge von Mölln, Hoyerswerda, Solingen und Rostock-Lichtenhagen sind längst vergessen und viele haben sich in ihrer heilen demokratischen Welt eingerichtet. Sie wollen nicht sehen, dass auch der deutsche Staat durch seine rassistische Asyl- und Abschiebepolitik Blut an den Händen hat, indem er Menschen in Bürgerkriegsgebiete oder Folterstaaten und damit in den sicheren Tod abschiebt oder durch die Abschottung der EU-Außengrenzen, an der jährlich Tausende sterben. Sie sehen auch nicht, dass ganze Landstriche in der Hand von Nazis sind, wo Menschen, die nicht den Vorstellungen von Nazis entsprechen, nicht mehr sicher auf die Straße gehen können. Längst marschieren wieder SA-ähnliche Banden mit „Ausländer raus“, „Juden-Sau“ und „Rotfront verrecke“ durch die Straßen Berlins, Dresdens und jeder beliebigen anderen Stadt.

Ein „gesundes“ Maß an Scheuklappen-Mentalität haben sich die Menschen in diesem Land wohl behalten. Dabei wäre es längst an der Zeit, aufzustehen und den Kampf gegen die Gefahr von rechts zu führen. Die vorhandenen rechtsstaatlichen und politischen Möglichkeiten müssen voll genutzt werden, um militaristische, rassistische und nazistische Organisationen sofort und für immer zu verbieten. Es darf keine Naziorganisationen geben, keine rassistischen und antisemitischen Hetzreden und Demonstrationen, keine Überfälle auf Flüchtlingswohnheime.

Es stellt sich die Frage, warum die vorhandenen Möglichkeiten nicht genutzt werden. Gegen Verbote und ein konsequentes Durchgreifen schiebt die Politik das Recht auf freie Meinungsäußerung vor – zweifelsfrei eines der höchsten demokratischen Güter.

Doch was ist das für eine „freie Meinung“? Es ist die „Meinung“ derjenigen, die sich bis heute ungestraft positiv auf den „Nationalsozialismus“ als aggressivste Form eines faschistischen Systems beziehen, das die Vernichtung der Jüdinnen zum Ziel hatte. Sie verharmlosen oder leugnen die gezielte und industrielle Vernichtung von Millionen Menschen, Elend und Tod, der durch den Krieg über die Menschen gebracht wurde, die Zerstörung ganzer Landstriche, die Zerschlagung der ArbeiterInnenbewegung, von fortschrittlicher Kultur und Bildung– das ist die „freie Meinung“, die hier geschützt wird. Ist das demokratisch? Wir sagen: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Für uns gibt es kein Vergeben und kein Vergessen. Antifaschismus heißt nicht nur, das Gedenken an die Opfer der deutschen Verbrechen, die WiderstandskämpferInnen, die Alliierten, die gegen den Nazismus gekämpft haben, hochzuhalten. Wir treten gegen Revanchismus und Geschichtsrevisionismus ein und entgegnen allen Geschichtsverdrehern: Deutsche TäterInnen sind keine Opfer – nicht in Dresden und auch nicht anderswo.

Die TäterInnen von damals können auch heute keine FreundInnen von Frieden und Demokratie sein. Faschismus ist eine kapitalistische Herrschaftsform. Die deutschen KapitalistInnen waren die GeldgeberInnen für die Nazi-Partei, sie haben den Faschismus erst möglich gemacht. Sie waren die größten NutznießerInnen von Weltkrieg, Eroberungswahn und Massenvernichtung und haben ihre Schuld nie beglichen. Und nicht wenige setzen heute wieder auf das Pferd der „konservativen Revolution“, den „Mut zu etwas Diktatur“ und offen faschistische Kräfte.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass die meisten Militärdiktaturen oder faschistischen Regime in der Geschichte nicht vom Himmel gefallen sind. So wurde die Machtübertragung an die NSDAP in Deutschland Jahre lang vorbereitet durch Notstandsgesetz und den Umbau des Staatsapparates, mittels Schutz und Finanzierung der Nazis durch den „demokratischen“ Staat der Weimarer Republik. Wenn wir heute „Nie wieder Faschismus!“ sagen, ist deshalb nicht nur der Kampf gegen NPD und Konsorten gemeint. Die gesellschaftlichen Wurzeln von Faschismus und Krieg müssen beseitigt werden.

Wir müssen diesem Staat genau auf die Finger schauen, der viele Lehren aus dem letzten Weltkrieg längst über Bord geworfen hat. Nach den Erfahrungen mit der „Geheimen

Staatspolizei“ wurde die Zusammenarbeit von Polizeien, Geheimdiensten und Militär verboten (Trennungsgebot). Heute arbeiten diese wieder aufs engste zusammen (z.B. im Bundeskriminalamt). Der Einsatz der Streitkräfte im Inland gegen Streiks und Demonstrationen wird wieder vorbereitet und demokratische Rechte immer weiter eingeschränkt. Das ist nicht demokratisch, sondern gefährlich!

Klar ist auch, dass die Gefahr für Frieden und Demokratie heute nicht allein von der einen oder anderen Rechtspartei ausgeht. Rassismus und Nationalismus sind so tief in der deutschen Gesellschaft verankert, dass von einem isolierten Problem am „rechten Rand“ keine Rede sein kann. Empirisches Material aus dem Jahr 2010¹ zeigt, wie Viele wieder potenzielle MitläuferInnen und MittäterInnen sind. So stimmte durchschnittlich jedeR achte Deutsche der Aussage zu, dass „Juden“ eine Mitschuld an den Verfolgungen trügen, jedeR sechste hält den Einfluss der „Juden“ für zu groß. Teilweise bis volle Zustimmung fand die Aussage, dass im nationalen Interesse unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform wäre bei 26,8% der Befragten, dass Deutschland eine starke Partei brauche, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert bei 44,6%, dass „Ausländer“ nur nach Deutschland kommen würden, um unseren Sozialstaat auszunutzen bei 65,7% und dass „wir“ endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben sollten gar bei 70,1%. 36% konnten sich der Aussage anschließen, dass die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen seien und als oberstes Ziel deutscher Politik wird von 56,7% bestimmt, Deutschland die Macht und Geltung in der Welt zu verschaffen, die ihm zustehe. Der Aussage, dass „Araber“ ihnen unangenehm seien, stimmten 55,4% zu.

Rassismus, Antisemitismus, Chauvinismus und Kriegstreiberei stecken in Millionen Köpfen und ein Blätterwald aus Tageszeitungen und ganze Heerscharen von PublizistInnen, PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen bedienen dieses Denken täglich aufs Neue. Die Stärke der offenen FaschistInnen liegt noch nicht in ihrer Zahl, sondern in der Zahl ihrer BeschützerInnen und UnterstützerInnen. Heute brodeln und stinken es an allen Ecken und Enden der deutschen Gesellschaft: In den Schulen, an Universitäten, in Ministerien und Behörden, Polizei und Bundeswehr treiben alte und neue FaschistInnen, RassistInnen und AntisemitInnen jeder Couleur ihr Unwesen. Die geistigen BrandstifterInnen sitzen auch in den Landes- und Bundesparlamenten, in den Büros der bürgerlichen Parteien. Sie sind es, die mit ihren Reden und Schriften über Nationalstolz, die deutsche Rolle in der Welt, „kriminelle Ausländer“, „deutsche Leitkultur“, Volkstum, das Ende der deutschen Schuld, „Du bist Deutschland“ und „wir sind wieder wer“ den Boden dafür bereiten und die Demokratie sturmreif schießen. Rechtsradikale Ideologien in Deutschland waren schon immer von übersteigertem Nationalismus und völkischem Rassismus geprägt.

Mit dem Verleumdungsargument des „Extremismus“, maßgeblich von Kristina Schröder propagiert, sollen demokratische und antifaschistische Initiativen ausgetrocknet und handlungsunfähig gemacht werden. Die Gleichsetzung von „links“ und „rechts“ gehört seit Ewigkeiten zu den dümmsten Lügen im Arsenal konservativer Meinungsmache. Auch wenn wir andere Vorstellungen von „Demokratie“ haben, als der bürgerliche Staat zu bieten hat, werden wir um jedes demokratische Recht und gegen die Einschränkung demokratischer Rechte kämpfen. Wo die Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie in Gefahr sind, werden wir sie gegen ihre FeindInnen verteidigen – egal ob die Gefahr von den offenen Nazis oder den Parlamenten ausgeht.

Wir sagen es noch einmal: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen und es gibt kein Recht auf Nazi-Propaganda. Deswegen werden wir mit all unserer Kraft gegen das Erstarken der rechtsradikalen Strömungen eintreten. Dazu gehört auch, sich den RassistInnen und Nazis in den Weg zu stellen oder zu setzen. Antifaschismus ist nicht kriminell, sondern notwendig und Widerstand ist Pflicht. Unsere sozialistische Bildungs-

und Erziehungsarbeit ist antifaschistisch. Bei uns lernen junge Menschen, kritisch und selbstständig zu denken und zu handeln.

Unsere Minimalforderungen sind nicht radikal, nicht revolutionär, sondern einfach nur demokratisch und stehen voll und ganz auf dem Boden des Grundgesetzes. Wir fordern von diesem Staat, seinem Apparat und den gewählten „Volksvertretern“ nur, ihre Pflicht zu tun:

- Konsequente Aufdeckung ideologischer und personeller Kontinuitäten in staatlichen Behörden und dem Beamtenapparat!
- Verbot aller faschistischen Parteien und Organisationen!
- Öffentliche Auftritte von RechtsextremistInnen verhindern!
- Konsequente Unterbindung rechtsradikaler Propaganda an den Schulen, Berufsschulen und in allen gesellschaftlichen Bereichen!
- Untersuchung der Verstrickungen von konservativen Parteien und Institutionen, sowie der Privatwirtschaft mit Nazistrukturen!
- Schluss mit dem Gedenken an Wehrmachtverbrecher und andere Nazis!
- Trennungsgebot einhalten! Gewaltenapparat entflechten!
- Ausreichende und vom Staat unabhängige Finanzierung demokratischer und antifaschistischer Bildungsarbeit!
- Angemessene Entschädigung für die Opfer des deutschen Faschismus!
- Schluss mit der Finanzierung rechtsradikaler Strukturen!
- Bleiberecht für alle Menschen, die hier leben wollen!
- Schluss mit der Augenwischerei über „Extremismus“, die wirklichen Probleme beim Namen nennen!
- Schluss mit der Kriminalisierung des Antifaschismus!

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

NO PASARÁN! Für eine Welt ohne Rassismus, Faschismus und Krieg!

ⁱ Quelle:

Oliver Decker, Marliese Weißmann, Johannes Kiess, Elmar Brähler: DIE MITTE IN DER KRISE. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Berlin 2010 [<http://library.fes.de/pdf-files/do/07504.pdf>], S. 73-74.

Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus: Antisemitismus in Deutschland – Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. BT-Drucksache 17/7700 2011 [<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/077/1707700.pdf>], S. 53.